

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich K 16.— vierteljährlich 48.— halbjährig 96.— ganzjährig 192.—

Billigt berechn Einhaltungen Preisnachsch.

3. Jahrgang.

Mittwoch, 6. Juni 1923.

Nr. 129.

## Militarisierung der Republik.

Vor etwa einem Jahre sprach Präsident Masaryk das berühmte Wort: „Wir haben keinen Militarismus!“ Das klang wie eine um fünf Jahre verspätete mechanische Hervorkehrung eines Grundgesetzes, dem die heutigen Machthaber zur Zeit des Bestandes des Habsburgerreiches gehuldigt haben, da der Antimilitarismus zu dem Vorrat an ethischen, demokratischen und freiheitlichen Idealen gehörte, in deren Zeichen sie für die Befreiung ihrer Nation wirkten. Diese Reminiszenz an längst abgetane Ideale nahm auch damals schon angefühlter in der Waffen starrten Republik niemand ernst. Seither muß der Blinde gewahrt worden sein, daß die Entwicklung des Militarismus bei uns weit über seinen Stand in der Zeit vor dem Krieg hinaus gediehen ist. Doch suchte man damals bis in die letzten Monate hinein die Fiktion aufrechtzuerhalten, daß alle Rüstungen nur der Erhaltung des Friedens dienen, so macht man jetzt kaum mehr ein Hehl daraus, daß die fortschreitende Militarisierung die Vorbereitung für einen neuen Krieg ist.

Die anders könnte auch der Plan aufgefaßt werden, den der agrarische „Benkov“, der seit Udrzal das halbamtliche Organ des Ministeriums für nationale Verteidigung geworden ist, über die Schaffung eines „Obersten Kriegsrats“ mit einer naiven Selbstverständlichkeit spricht, als handelte es sich um die harmloseste Sache von der Welt. Dieser Oberste Kriegsrat soll aus einem halben Duzend Minister und einem militärischen Berater zusammengesetzt werden, als welcher angeblich der Oberst Alcedanda auserschen ist. Auf diesen Herrn Alcedanda weist wohl das Signum L. A. hin, mit welchem der Artikel des „Benkov“ gezeichnet ist. In diesem Artikel wird nun als Zweck des Obersten Kriegsrates die „allseitige Bereitschaft“, die nicht nur militärisch zu sein habe, zum „Schutz des staatlichen Gebietes“ erklärt. Der Krieg habe gezeigt, daß die moderne Kriegführung nicht nur eine Sache der Armee sei, sondern die aller staatlichen Kräfte, die notwendigerweise mobilisiert werden müßten. Die Mobilisierung der Industrie, des Handels, der öffentlichen Arbeiten und der Verwaltung erst im Kriege durchzuführen, würde viele Schwierigkeiten bereiten, darum müsse sie schon im Frieden durchgeführt werden. Und nun wird erzählt, daß der nächste Krieg mehr noch als der letzte, das nationale und staatliche Leben tief berühren und die „gesamten Kräfte der Bürger erfordern“ werde. Dann heißt es: „Die Teilmobilisierungspläne, von den einzelnen Ministerien ausgearbeitet, müssen auf einer einheitlichen und bestimmten Grundlage beruhen; die Pläne dürfen einander nicht widersprechen... daher ist es notwendig, schon im Frieden einen höheren Organismus als es die einzelnen Ministerien sind, zu schaffen, der die allgemeine Mobilisierung des ganzen Staates und nicht nur die seiner Wehrmacht vorzubereiten hätte.“

Muß man nicht, wenn man das liest, die Empfindung haben, wir ständen unmittelbar vor den drohendsten Kriegsgefahren? Dies umso mehr, als die Milliardeninvestitionen für militärische Bauten, der Bau immer neuer Luftfahrzeuge, Leuchttürme, Protowagen und Geschütze, diesen Eindruck verschärfen. Gegen wen nun richten sich diese Rüstungen, die eine Militarisierung nicht nur aller staatlichen Einrichtungen, sondern auch des ganzen wirtschaftlichen Lebens in der Republik bedeuten? Wir leben doch im Frieden und von nirgends droht der Republik ernste Gefahr! Zudem hören wir täglich Lobgesänge auf die Kleine Entente erschallen, welche die kleineren Störenfriede wie Ungarn, so wunderbar in Schach halte! Die Rüstungen sind gegen niemand gerichtet, so wird versichert, und dienen nur dem Schutze des Staates und des Friedens. Aber so hörte man es auch vor dem Kriege und niemals

## Das neue deutsche Angebot.

Erster Zweck: Verhandlungen. — Mehrjähriges Moratorium. — Zahlung in 35 Jahresraten. — Die Wirtschaft soll für 500 Millionen Goldmark garantieren.

Berlin, 5. Juni. (Eigenbericht.) Das neue deutsche Angebot ist jetzt fertiggestellt und soll Donnerstag den Regierungen überreicht werden. Freitag wird die Veröffentlichung erfolgen. Der Inhalt wird noch geheim gehalten. Nur soviel läßt sich sagen, daß das Angebot die Form eines Memorandums zum ersten Angebot haben wird. Von der Festsetzung einer Endsumme ist abgesehen worden, da der erste Zweck des Angebotes ist, Verhandlungen einzuleiten. Es wird ein mehrjähriges Moratorium für die Geldleistungen vorge schlagen, während dessen Sachleistungen zu entrichten sind. Dann sollen die Zahlungen in 35 Jahresraten erfolgen. Die Wirtschaft soll mit einer Garantie von 500 Millionen Goldmark herangezogen werden. Die Leistungen sollen aus dem Budget bestritten werden. Die Sozialdemokraten haben ihren ganzen Einfluß aufgewendet, um eine gründliche Fundierung des Angebots durchzusetzen. Es wird im Falle einer Verständigung ihre Hauptaufgabe sein, daraufhin zu arbeiten, daß die Kosten von den besitzenden Klassen getragen werden.

## Die Deutschnationalen machen Vorbehalte.

Berlin, 5. Juni. Bei dem gestrigen Empfang der Parteiführer durch den Reichskanzler wurde diesen der endgültige Inhalt der deutschen Note mitgeteilt. Hierbei erklärten sich die Führer der Arbeitsgemeinschaft der Mitte und die Sozialdemokraten mit der Note einverstanden, während die Deutschna-

tionale gewisse Vorbehalte machten. Innerhalb der Deutschnationalen bestehen nämlich zwei Strömungen. Die eine unter der Führung Helfferichs unterstützt die Politik des Reichskanzlers, die andere unter Führung des Grafen Westarp verfolgt eine intransigente Politik. Die deutsche Note wird am Donnerstag nachmittags überreicht, und am Freitag veröffentlicht werden.

## Czernin als Hochverräter gebrandmarkt.

Sensationelle Enthüllungen Otto Bauers im Nationalrat. — Tuzar bestätigt in einem Prager Interview die hochverräterischen Antriebe Czernins. — Czernin als Bittsteller bei dem „elenden, erbärmlichen Masaryk“ überwiesen.

Wien, 5. Juni. (Eigenbericht.) Die Sensation der heutigen Sitzung des Nationalrates war die Verlesung eines Interviews seitens des Abgeordneten Dr. Bauer, das der Prager Berichterstatter der „Arbeiterzeitung“ mit dem tschechoslowakischen Gesandten in Berlin, Tuzar, hatte. Im Nationalrat stand heute bei der Beratung des Budgets das Justizressort in Verhandlung. Dr. Bauer meldete sich sofort zum Wort und führte aus, daß zu den Obliegenheiten der Staatsanwaltschaft auch die Verfolgung hochverräterischer Umtriebe gehöre. In diesem Zusammenhang, sagt Bauer, muß ich in dieser Debatte auf die Angelegenheit zurückkommen, die schon gestern hier sehr ausführlich er-

örtert wurde. Der Berichterstatter der „Arbeiterzeitung“ in Prag hat heute den Gesandten Tuzar aufgesucht und ihm eine Reihe von Fragen vorgelegt, auf die Tuzar wie folgt antwortete:

Ist die Behauptung des Abg. Renner, daß Czernin zweimal bei Ihnen war und Ihnen die Befehle von Wien durch Entente truppen empfohlen hat, richtig? Gesandter Tuzar antwortete darauf: Czernin war auf der tschechischen Gesandtschaft in Wien zweimal. Ich kann mich besonders erinnern an das Gespräch, das ich mit ihm am Tage des blutigen Zusammenstoßes bei der Boivolkirche geführt hatte. Czernin hatte von mir die Ermöglichung der

noch gaben die Regierenden eines Staates zu, nicht den Frieden zu wollen, durfte doch sogar der russische Zar inmitten der fieberhaftesten militärischen Rüstungen sich als Friedensengel mit dem Palmzweig produzieren und die allgemeine Abrüstung vorschlagen!

Staaten und Völker, die bis an die Zähne bewaffnet dastehen, pflegen leichter „gerreizt“ zu sein, als andere, die weniger Soldaten zur „Erhaltung des Friedens“ unter den Waffen halten, ihr „Chgefühl“ ist ein potenziertes und gar leicht ist dann ein Anlaß gefunden, der den Patrioten die Gelegenheit gibt, zu beteuern, daß man sich so etwas „nicht gefallen lassen“ könne und daß es nun das „Prestige“ der Nation und des Staates erfordere, die Waffen sprechen zu lassen. Schon die durch die chauvinistische Presse unaufhörlich geschürte Eitelkeit, die spielend leicht in Angriffsstimmung umschlägt, bildet bei militaristischen Staaten eine stete Gefahr für den Frieden und die Erfahrungen haben die Verlogenheit des Wortes, daß, wer den Frieden wolle, müsse für den Krieg rüsten, längst erwiesen. Dazu kommt, daß die Politik des tschechoslowakischen Staates, wenn auch Herr Dr. Benesch den „Neutralen“ spielt, wie die Politik seines zweiten Staates im Mittelwasser der französischen Militär- und Machtpolitik einher schwimmt, was den Machthabern keineswegs das Recht verleiht, sich als Anwälte des Friedens aufzuspielen. Der Herr Marschall Koch hat jüngst die tschechoslowakische Armee inspiziert und hat versucht, die Tschechoslowakei für ein militärisches Bündnis mit Frankreich zu gewinnen. Ob ihm dies formell gelungen ist, mag zweifelhaft sein, doch wenn auch kein

regelmäßiger Bündnisvertrag abgeschlossen worden sein sollte, die Tatsache bleibt bestehen, daß die tschechoslowakische Außenpolitik sich Frankreich treu ergeben zeigt, was Koch in den Worten ausdrückte, daß die Tschechoslowakei ebenso auf Frankreich zählen dürfe, wie dieses auf die Tschechoslowakei rechne. Und er versicherte, daß Frankreich „mit lebhafter Sympathie die Entwicklung des tschechoslowakischen Heeres verfolge“, in welcher „Sympathie“ die Aufforderung eingeschlossen ist, nur immer mehr zu rüsten, damit der tschechoslowakische Militarismus einen guten Posten in der Rechnung des imperialistischen Frankreich bilde.

Unsere Militaristen lassen sich das nicht zweimal sagen und sie sorgen dafür, daß die Militarisierung der Republik fortschreitet. Kaum fünf Jahre nach dem Kriege, von dem jeder menschlich Fühlende meinte, seine Greuel und Schrecken müßten bewirken, daß er der letzte sei, wird nicht nur von der Möglichkeit neuer Kriege gesprochen, sondern auch alle Vorbereitungen für sie getroffen. Fünf Jahre nach dem Kriege und wir sollen wieder einen Obersten Kriegsrat bekommen, noch dazu mitten im Friedenszustand. Noch ist außer dem „inneren Feind“ kein anderer „Feind“ sichtbar, aber vielleicht geht man nicht irre, daß sich vorerst gegen diesen die Rüstungen lehren. Darüber hinaus kann die Kriegsspielerei aber sehr leicht eines Tages Ernst werden. Die geplante Schaffung des Obersten Kriegsrates muß der Arbeiterklasse klar machen, was die Kapitalisten und Imperialisten in unserem Staate bezwecken. Das muß die Wachsamkeit der Arbeiterklasse doppelt erhöhen!

Ausreise verlangt, weil er um sein Leben in Wien gefährdet hat. Ich konnte seinem Ersuchen nicht entsprechen. Dabei hat er getrachtet, mir die Notwendigkeit der Okkupation Wiens durch die Entente truppen zu beweisen. Er hat sich beklagt, daß die österreichische Regierung gegenüber den Kommunisten schwach sei, und daß Dr. Bauer ein heimlicher Verbündeter der Bolschewiki ist.

Haben Sie, Herr Gesandter, den Eindruck gehabt, daß Czernin eine Aktion im Einvernehmen mit der österreichischen Regierung gedacht hat?

Antwort: Nein. Im Gegenteil. Ich habe die Empfindung gehabt, daß es sich bei der Okkupation um eine Aktion handeln sollte, die ohne die österreichische Regierung oder über ihre Köpfe hinweg gemacht werden sollte.

Was ist Ihnen, Herr Tuzar, über eine angebliche Verhandlung der militärischen Vertreter der Entente Staaten in Wien wegen der militärischen Okkupation bekannt?

Antwort: Ich war bei zwei oder drei Zusammenkünften der militärischen Repräsentanten der Entente Staaten in Wien anwesend, in denen über die Frage verhandelt wurde, ob man von der Pariser Konferenz die militärische Befehle Wiens wegen angeblicher Gefahr von den Räterepubliken in Ungarn und Bayern verlangen sollte. Ich habe jede Beteiligung der Tschechoslowakei an einer solchen Aktion abgelehnt.

Ist bei solchen Beratungen auch von Czernin die Rede gewesen?

Gesandter Tuzar antwortete: Es ist referiert worden, daß eine ganze Reihe von Persönlichkeiten, besonders von früheren Hochadel bei den Ententevertretern vorgeschrien und um die militärische Intervention gebeten haben. Unter diesen ist auch der frühere Minister Czernin genannt worden.

Ist Ihnen Herr Gesandter etwas davon bekannt, daß sich Czernin auch an den Präsidenten der Republik Masaryk gewandt hat?

Tuzar antwortete: Czernin hat mir bei seinem Besuche einen eigenhändig geschriebenen Brief an den Präsidenten Masaryk übergeben.

Dazu bemerkt Dr. Bauer: Czernin hat schon selbst zugegeben, daß er im Oktober 1918 an den damaligen österreichisch-ungarischen Minister des Auswärtigen Andrássy herangerufen sei, um ihn zu veranlassen, die Besetzung Wiens durch englische Truppen einzuleiten. Czernin redete sich, wie wir schon hörten, darauf aus, daß damals, im Zeitpunkt seiner Intervention bei Andrássy, die österreichische Republik noch nicht begründet war. Czernin hat aber seine Bemerkungen, eine Okkupation Wiens durchzuführen, auch noch in der ersten Zeit, die unsere Republik durchlebte, in einer Zeit, da unsere Repräsentanten überall bemüht waren, Hilfe und Unterstützung für Österreich zu erhalten, fortgesetzt. Anfangs Juni 1919 ist Österreich der erste Entwurf des furchtbaren Friedensvertrages überreicht worden. Damals war die ganze Anstrengung unserer Vertreter in St. Germain darauf gerichtet, eine Milderung dieses Entwurfes durchzusetzen. In diesem Augenblick hat Czernin, der nur Angst um sein Leben hatte, verlangt, daß Österreich zu einem besetzten Lande werde. Es steht fest, daß nicht wir um die Befehle Wiens gebeten haben, sondern die Herren vom hohen Adel, unter ihnen auch der Herr Czernin. Daß sie die Entente gesandtschaften angegangen sind, Österreich zu besetzen, nicht im Einvernehmen mit uns, sondern, wie sich Tuzar ausdrückt, über unsere Köpfe hinweg, ja sogar gegen uns. Ich überlasse es Ihnen, ob die Behauptung Czernins, von der Befehle im März noch irgendwelche Wahrscheinlichkeit hat. Es gehört zum Charakterbild Czernins, daß er den Mann, den er in der gemeinsten Weise beschimpft hat, ein Jahr später mit einem Bittgesuch bestürmt. Damit ist für mich der Fall Czernin erledigt. Czernin ist sozusagen der letzte Ausläufer dessen, was in anderen Ländern die bürgerliche Demokratie ist. Es ist bezeichnend für den heutigen Tiefstand der bürgerlichen Klasse, daß ihre Entwicklung sie dahin gebracht hat, daß sie von Männern geführt wird, die in politischen und sozialen Fragen weit rechts von den Christlichsozialen stehen und deren moralische Qualitäten charakterisiert sind durch das Dokument, das ich jetzt vorgelesen habe.

Die Ausführungen Dr. Bauers machten den größten Eindruck auf das Parlament.





Die Folgen des Marksturzes.

Streiks. — Erhöhung der Tarife. — 500.000 Mark-Noten.

den! Das wird ein Remasuri werden. Wenn sich Anisich bewährt, wird er Oberkommandant und bekommt von Hiler das Sakentkruz erster Klasse am Bande des Streifkrochordens. Die „Prager Presse“ schlägt schon heute wie besessen...

Das Finanzministerium gegen die Schundliteratur. Der von uns vor einigen Tagen mitgeteilte Erlaß des Finanzministeriums, der es den Tabaktrafikanen verbietet, Schundbilder und Schundliteratur, also pornographische Aufschlachten, Indianer, Räuber, Detektivhefte u. dgl. feilzubalieren, darf mit Anerkennung begrüßt werden...

Am den kleinen Grenzverkehr. Der nordböhmisches Gau der Arbeiter Radfahrer hatte für den 3. Juni eine Demonstrationsversammlung aller angeschlossenen Vereine nach Tetschen einberufen...

Berlin, 5. Juni. Bei der Hoch- und Untergundbahn haben heute mittags die Vorgesetzten der Werkstätten und des Kraftwerkes plötzlich die Arbeit niedergelegt und damit den gesamten Verkehr der Bahn stillgelegt. Der Streik wurde — wie eine spätere Meldung befragt — bereits beigelegt. (D. Red.)

Die im Reichsfinanzministerium vereinbarten Erhöhungen der Löhne für Staatsarbeiter um durchschnittlich 66,66 Prozent sind von den Gewerkschaften noch nicht endgültig angenommen worden.

Infolge der neuen Entwertung der Mark hat die Reichsbank neue Noten im Nennbetrage von 500.000 Mark in Umlauf gegeben.

Die arbeitenden Klassen. Eine der Versammlung vorgelegte Resolution gelangte zur einstimmigen Annahme und wird der politischen Bezirksverwaltung in Tetschen übermittleit werden.

Die Staatsgefährliche Melodie. Der Tischlergehilfe Tims Kastner vergnügte sich in einer Budapestiner Kneipe. Er gab zwei kleinen Jüngern den Befehl, die Internationale zu spielen.

Die Stimmesierung der reichsdeutschen Presse. Der Allgewaltige im Reichsverband der Industrie, Herr Stinnes, hat vor wenigen Wochen das Blatt der Frankfurter Orgesch, die „Frankfurter Nachrichten“, für 300 Millionen Mark erworben.

Der „Reigen“ Brunner auf der Schundliste. Der „Reigen“-Brunner, der frühere Referent im preussischen Wohlfahrtsministerium und literarische Beirat des Berliner Polizeipräsidenten, Professor Karl Brunner, „bekannt“ aus dem „Reigen“-Prose, fühlte sich durch einen in der „Frankfurter Ztg.“ erschienenen Aufsatz „Schund, Schmutz und Brunner“ gekränkt.

Der Verkehrsbeirat, der heute zur Beratung der von der Postverwaltung vorgeschlagenen Verdopplung der Posttarife am 1. Juni zusammentrat, wurde durch eine vom Reichsfinanzministerium ausgearbeitete Tarifvorlage überrascht, die weit über den ursprünglichen Vorschlag hinausgeht.

begründete Schriftenreihe „Deutsche Taten“ als Schund- und Schmutzliteratur wegen Gefährdung der Jugendlichen nicht weiter vertrieben werden dürfe. Die Grösste für Brunner lag darin, daß er auf die Schundliste gesetzt wurde.

Politische Morde in Spanien. Der Kardinal Erzbischof Solvillo wurde von einem unbekanntem Täter in dem Momente ermordet, als er aus dem Automobil vor seinem Landgute in der Umgebung von Saragossa ausstieg.

Das Alkoholverbot in Amerika. Das Staatsdepartement in Washington hat Bestimmungen über die Frage der Alkoholvorräte an Bord fremder Schiffe erlassen, die sich genau an die vom Obersten Gerichtshof getroffene Entscheidung halten.

Die Zahl der Todesopfer der Elementarkatastrophe in Val d'Aosta in Oberitalien beträgt 16. Die durch die Wassereinträge allein verursachten Schäden werden auf 17 Millionen geschätzt.

Professor Stedl gestorben. Gestern früh wurde in seiner Wohnung in Prag der Professor der deutschen Universität und ehemalige liberale österreichische Reichsratsabgeordnete für Czernowitz, Dr. Artur Stedl, tot aufgefunden.

Präsident Masaryk reiste, wie das „Ceske Slovo“ meldet, gestern in die Schweiz, von wo er sich nach Paris begeben wird, um eine Meerfahrt zu unternehmen.

Hochkonjunktur und Wohnungsnot. Detroit, der Mittelpunkt der amerikanischen Automobilindustrie, erfreut sich eines so blühenden wirtschaftlichen Wohlstandes, daß Tausende seiner Bewohner kein Dach über dem Kopf haben.

Eine neue Verschlechterung des Wetters hat zu Beginn dieser Woche der bescheidenen Wärme, die mit dem Junibeginn endlich durchgedrungen war, schon wieder ein Ende gemacht.

Die Fleischpreise in Groß-Prag für die Zeit vom 5. bis 11. Juni betragen für ein Ailo mit Junge: Inländisches Rindfleisch, Vorderes 1. Qualität bis 16 K, 2. Qualität bis 13,50 K, Hinteres 1. bis 18 K, 2. bis 15 K; Kalbfleisch, Vorderes bis 14, Hinteres bis 17 K; Schöpfernes, Vorderes bis 12,50, Hinteres bis 15,50 K; Schweineres, Vorderes bis 18,50 K, Hinteres bis 19,50 K.

Ein hartnäckiger Selbstmordkandidat. Der 23jährige Benzel Bauer, Privatbeamter aus Wrischowitz, verschute schon mehreremal Selbstmord zu begehen.

Mein Reisegefährte.

Von Ragim Gorkij.

12

Dicker Regen ergoß sich in Strömen und ein Donnerhagel nach dem anderen rollte schrecklich und unaufhörlich über die öde Steppe. Das Gras, von Wind und Regen gespeicht, lag am Boden und rauschte in schwachen Lauten.

Schadro zitterte und laurte wie ein Hund, der sich fürchtet. Wir aber war froh zu Mute und, erhoben über das Gefühl des Alltäglichen, beobachtete ich das großartige und düstere Bild dieses Gewitters in der Steppe.

Kraft, die die Finsternis und die Wolken zerschmetterte. Die blaue Flamme, die am Himmel lohte, brannte, so schien es, auch in meiner Brust; und auf welche Weise konnte ich die erhabenen Wallungen meines Innern ausdrücken, meine Begeisterung, angesichts dieses grandiosen Schauspiels der Natur?

Und so schrie ich vor mich hin, fest überzeugt, daß solches Benehmen niemand stören und niemand in die Notwendigkeit versetzen werde, strenge Kritik an meinem Tun zu üben.

Ich erklärte ihm, daß ich singen könnte, wenn ich Lust hätte, ebenso wie er selber. „Aber ich will nicht!“ jagte er kategorisch. „Dann sing nicht!“ stimmte ich ihm zu. „Auch du sollst nicht singen!“ war Schadros strenge Zumutung.

und bei besonders kräftigen Stellen rücte er mit ganz dicht an den Leib. Dabei goß der Regen auf uns herab, über uns rollte ununterbrochen der Donner, und Schadro, um sich mir verständlich zu machen, schrie aus vollem Halse.

Zwei Tage arbeiteten wir unter den Tischern, die fast kein Wort russisch sprachen und unaufhörlich über uns lachten und in ihrer Sprache auf uns schimpften; dann beschloßen wir den Aul zu verlassen, da wir mit Schrecken bemerkten, wie die feindselige Stimmung der Aulbewohner immer mehr gegen uns zunahm.

(Schluß folgt.)

1) Dorf.



